

### FDP gegen aktive Sterbehilfe

Geschrieben am Montag, 26. November. @ 10:40:59 MET von [Webmaster](#)

Rendsburg (std) Der Kieler Schmerztherapeut Hartmut Göbel brachte seine Position zur Sterbehilfe am deutlichsten auf den Punkt. "Auch wenn nichts mehr zu machen ist, kann man noch sehr viel tun", lautete sein Plädoyer für "Pflege und Zuneigung" in der letzten Lebensphase. Damit traf der Gastredner auf dem FDP-Landesparteitag auch den Nerv der Liberalen, die sich nach kontroverser Debatte gegen die aktive Sterbehilfe aussprachen und stattdessen eine bessere Sterbebegleitung forderten. Kalt ließ das Thema wohl keinen der über 150 Delegierten in Rendsburg. Selten wurden auf einem Parteitag so intensiv persönliche Erfahrungen aus Familie und Bekanntenkreis in die Diskussion eingebracht. Hier gehe es um eine "echte Gewissensentscheidung", erklärte Landesvorsitzender Jürgen Koppelin, der zugleich den Jungen Liberalen dankte, die das Tabuthema im März aufgegriffen hatten. Ihr Antrag, in dem sie sich dafür aussprachen, aktive Sterbehilfe auch in Deutschland zuzulassen, fand am Ende jedoch keine Mehrheit. Stattdessen folgte der Parteitag der Linie der Landtagsfraktion.



"Wir sagen Ja zur Sterbebegleitung. Aktive Tötungshilfe lehnen wir jedoch ab", begründete der Landtagsabgeordnete Heiner Garg den Änderungsantrag. Darin fordert die FDP unter anderem, die Forschung in der Schmerztherapie zu verstärken und die Angebote für unheilbar Kranke im Bereich der palliativen (leidensmindernden) Medizin auszubauen. Außerdem dringen die Liberalen auf eine Gesetzesänderung, wonach derjenige, der lebenserhaltende Maßnahmen abbricht oder unterlässt, nicht rechtswidrig handelt. Voraussetzung dafür ist, dass der Betroffene dies ausdrücklich verlangt hat oder eine Patientenverfügung vorliegt.

Hendrik Siegel, stellvertretender Landesvorsitzender der Julis, stellte in der Debatte klar, dass es vor allem darum gehe, den Patientenwillen in der letzten Lebensphase zu stärken. "Wir wollen die Sterbehilfe nicht als Ersatz für eine Schmerztherapie, sondern für den extremen Fall, dass eine Behandlung die Leiden nicht mehr lindern kann."

Bei allem Lob für den Parteinachwuchs – neben Landtagsfraktionschef Wolfgang Kubicki sprach sich auch der ehemalige Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig gegen die aktive Sterbehilfe aus. "Es kann in unseren Staatswesen nicht sein, dass wir die Tötung eines anderen Menschen legalisieren – egal unter welchen Voraussetzungen."

Landespastorin Petra Thobaben, die als Gastrednerin sprach, hatte zu Beginn des Parteitages aus theologischer Sicht gemahnt: "Das Leben ist ein Geschenk Gottes und entzieht sich unserer Verfügungsgewalt." Auch Prof. Hartmut Göbel, Leiter der Kieler Schmerzambulanz, lehnte eine "Lizenz zum Töten" vehement ab und forderte die "Freiheit, in Ruhe und in Würde zu sterben".

Kieler Nachrichten vom 26.11.2001